

Konstituierende Nationalversammlung. — 16. Sitzung am 15. Mai 1919.

81/I
K. N. V.

Anfrage

der

Abgeordneten Kraft, Heini und Genossen an den Herrn Staatssekretär der Finanzen.

In den gestrigen Zeitungen waren Nachrichten französischer Blätter widergegeben, welche angeblich Grundzüge des uns von den Ententestaaten zugeschriebenen Friedensvertrages veröffentlichten. Diese Grundzüge stehen in einem derart schreienden Gegensatz nicht nur zu den stets verkündeten Prinzipien des Völkerbundes, sondern auch zu der in der letzten Zeit namentlich von französischer Seite betonten Geneigtheit, uns wirtschaftlich entgegenzukommen oder doch zumindest Gerechtigkeit zuteil werden zu lassen, daß man an die Richtigkeit dieser Blättermeldungen einfach nicht glauben kann.

Auf die in diesen Zeitungsmeldungen enthaltenen politischen Friedensbestimmungen, welche übrigens schon in den heutigen Telegrammen aus Paris als noch in grundsätzlicher Beratung stehend und daher gewiß nicht endgültig entschieden bezeichnet werden, soll im gegenwärtigen Zeitpunkte noch nicht näher eingegangen werden. Dagegen darf auch nicht einen Tag darüber hinweggegangen werden, daß die gemeldeten Absichten hinsichtlich der Behandlung des österreichischen Staatschuldenproblems — wenn sie auch nur annähernd den Tatsachen entsprechen sollten — nicht nur allen Grundsätzen von Recht und Gerechtigkeit Hohn sprechen, sondern auch die wirtschaftliche Existenz Deutschösterreichs vorweg vernichten müßten.

Es braucht an dieser Stelle gewiß nicht weiter dargelegt werden, daß Deutschösterreich so wenig der Rechtsnachfolger der alten Monarchie ist wie irgendeiner der Nationalstaaten, daß unsere Bevölkerung den Krieg nicht mehr gewollt und verschuldet hat, als die Bevölkerung in den Nationalstaaten und daß die Aufwendungen, welche der alte Staat aus den für die Kriegsführung aufgebrachten

Mitteln gemacht hat — man denke nur an die Unterhaltsbeiträge für die Angehörigen der Mobilierten, an die der Landwirtschaft für die Bedeckung des Armeebedarfs zugesessenen Gelder und vor allem an die Milliarden, welche der vorwiegend im tschecho-slowakischen Gebiete befindlichen Kriegsindustrie zugute gekommen sind —, ganz gewiß nicht einseitig für Deutschösterreich, sondern für alle Teile der Monarchie verwendet wurden.

Es ist daher auch daran zu erinnern, daß nach den Grundsätzen des Völkerrechtes und jedes internationalen Kreditverfahrens politische Umwälzungen niemals die losgerissenen Teile von der Verpflichtung zur Erfüllung der vor dem Umsturz rechtsgültig aufgenommenen Staatschulden entbinden können. Es ist insbesondere hervorzuheben, daß an der Aufrechthaltung dieses Grundsatzes gerade die Großmächte der Entente, welche die Staatsgläubiger der meisten Länder der Erde sind, ein ungeheures Interesse haben.

Letzten Endes aber hätte es für niemanden einen Zweck, selbst mit der gewaltsamsten Beugung jedes Rechtes und jeder Moral unserem Staat, welcher unter dem plötzlichen Zusammenbruche wirtschaftlich am schwersten gelitten und dadurch die wirtschaftlichen Lasten für den Aufbau der Nationalstaaten ohnedies schon zum größten Teile getragen hat, neue, völlig unerträgliche Lasten aufzubürden und ihn damit Erschütterungen preiszugeben, welche nicht nur für die Existenz unseres gequälten Volkes, sondern auch für die neu aufzurichtende Ordnung in Europa in höchstem Grade gefährlich werden müßten.

Die Bevölkerung Deutschösterreichs, die bisher — umgeben von politisch auf das tiefste aufgewühlten Ländern und zermürbt durch die viele

Konstituierende Nationalversammlung. — 16. Sitzung am 15. Mai 1919.

Monate über das Kriegsende hinaus fortgesetzte Hungerblockade — mit dem Aufgebot aller Kräfte Ordnung und Ruhe zu bewahren gewußt hat, soll und darf auch nicht einen Augenblick lang den unabsehbaren Konsequenzen solcher Alarmannachrichten preisgegeben werden. Der Herr Staatssekretär für Finanzen hat in den letzten Tagen in einer groß angelegten Rede die Richtlinien für die finanzielle Zukunft unseres Landes dargelegt und dabei die unentbehrlichen Voraussetzungen gekennzeichnet, unter welchen wir an den dringend nötigen wirtschaftlichen Wiederaufbau schreiten können. Was wir von den Ententestaaten verlangen und verlangen müssen, ist keine Gnade und kein Almosen, sondern wir verlangen Recht und Gerechtigkeit und eine Hilfe solcher Art, daß wir in absehbarer Zeit das Empfangene wieder erstatten und die natürlichen Kräfte unseres Landes sowie den Fleiß unserer Bevölkerung in den Dienst

des friedlichen Wettbewerbes der Nationen werden stellen können.

Gegenüber den Schreckensnachrichten, die den Gegenstand unserer Anfrage bilden, ist eine sofortige Beruhigung unseres Volkes zur Abwendung unmittelbarer Gefahren unerlässlich und wir richten daher an den Staatssekretär der Finanzen die Anfrage:

„Wie verhält sich der Herr Staatssekretär der Finanzen zu den bisher zu uns gedrungenen unverbürgten Nachrichten über die wirtschaftlichen Bestimmungen des unseren Friedensdelegierten vorzulegenden Friedensvertrages und welche Maßnahmen sind getroffen, um bei den zu gewärtigenden Verhandlungen mit den Ententestaaten unser Recht und die Lebensinteressen unseres Volkes zu vertreten?“

Schürff.
Dr. Waber.
Wedra.
Spalowsky.
Dr. Mataja.
Stockler.
Friedmann.

E. Kraft.
Heinl.
Birchbauer.
Altenbacher.
Größbauer.
Schöchtner.
Kittinger.